

Forum Musik Festivals

Präambel:

Die Bundesrepublik bekennt sich zur Notwendigkeit von Kunst und Kultur als unverzichtbarem Bestandteil eines demokratischen Staates.

Die Corona-Pandemie hat die Kulturszene weltweit in eine tiefe Krise gestürzt. Nachdem Künstler*innen in existenzielle Not geraten sind, droht nun auch der Veranstalterbranche ein Kahlschlag. Das gemeinsam von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien mit den Kulturministern der Länder vorgelegte Eckpunktepapier zur behutsamen Öffnung des Kulturbetriebs ist ein erster Schritt, löst jedoch das existenzielle Problem von Künstler*innen und Veranstalter*innen keineswegs.

Eine Öffnung mit stark reduzierter Auslastung stellt die Kulturbetriebe vor massive finanzielle Herausforderungen. **Ein Rettungs-Fonds für den Bereich Kultur ist daher unerlässlich.** Die bisherige Gutschein-Lösung verschafft zwar kurzfristig Liquidität, verschiebt die Probleme jedoch lediglich in das Folgejahr. Vielfältige **Haftungsfragen** sind für Veranstalter*innen derzeit noch völlig ungeklärt. Die **Zuwendungsfähigkeit von Ausfallgagen** ist noch nicht in allen Bundesländern abschließend geklärt.

Parallel zur Beantwortung dieser drängenden Fragen gilt es, bereits jetzt über grundlegende Änderungen für einen Kulturbetrieb „nach Corona“, für **eine Kultur von morgen** aufzulegen.

Das **Forum Musik Festivals** hat dazu gemeinsame Ziele formuliert und Vorschläge erarbeitet.

Ziele für eine „bessere Welt nach Corona“

- 1) Wir brauchen eine ausgewogene Wahrnehmung und Wertschätzung aller kultureller Bereiche – der Freien Szene wie „etablierten“ Kulturinstitutionen, der „großen“ institutionell geförderten Institutionen ebenso wie der kleinen, oft ehrenamtlich gestützten Akteuren. Ihnen allen gebührt eine gleichwertige Wertschätzung und Anerkennung. Kulturelle Aktivitäten und best-practice-Beispiele von Akteuren im ländlichen Raum wie in den urbanen Zentren werden gleichrangig gefördert, unterstützt und wertgeschätzt. Dies erfolgt nicht zuletzt in einem europäischen Blickwinkel.
- 2) Wir brauchen mehr Kulturelle Bildung an den Schulen: Kunst und Kultur sind in den letzten Jahrzehnten in erschreckendem Maße aus den Lehrplänen verschwunden. Je nach Bundesland ist die Ausbildung und Versorgung von/mit Musiklehrer*innen dürftig bis beklagenswert. Die Verantwortung für Kulturelle Bildung wird immer mehr den Kulturinstitutionen zugewiesen. Wir betreiben gern kulturelle Vermittlung. Die Basis dafür ist aber ein Mindestmaß an Kultureller Bildung, die mittlerweile nicht mehr an allen Schulformen vorhanden ist.
- 3) Wir brauchen eine neue Art der Projektförderung auf Landes- und Bundesebene, die ausdrücklich spartenübergreifendes Arbeiten ermöglicht und den kreativen Austausch der Kulturzweige unterstützt.
- 4) Wir brauchen neue, ergänzende und praxisorientierte Inhalte für die Hochschulausbildung: mehr als 60% der Absolvent*innen der deutschen Musikhochschulen landen in der

Freiberuflichkeit. Die Hochschulen haben darauf nicht reagiert. Es muss mehr Unternehmerisches Denken und Handeln Einfluss in die Curricula finden.

- 5) Wir brauchen eine neue Art der Kulturförderung: bisher steht bei der Förderung von Kultur stets das performative Ergebnis im Mittelpunkt. Kultur braucht aber auch Strukturen, Plattformen und Netzwerke. Kultur braucht längerfristige Zusagen. Veranstalter*innen, die sich hauptsächlich über Projektförderung finanzieren, müssen zukünftig Rücklagen für Krisenzeiten bilden dürfen. Gern entwickeln wir mit Ihnen gemeinsam Kriterien für eine Kulturförderung von morgen.
- 6) Wir brauchen Investitionsprogramme! insbesondere im Ländlichen Raum ist der Zustand der Spielstätten katastrophal. Eine Investitionskampagne in Bezug auf Barrierefreiheit, Brandschutz, Veranstaltungstauglichkeit (Toiletten!) und zeitgemäße Veranstaltungstechnik würde allen Veranstalter*innen im Ländlichen Raum ganz neue Wege eröffnen. Die derzeit gängigen Projektförderungen schließen Investitionen grundsätzlich aus. Investitionen in Veranstaltungsstätten und Veranstaltungstechnik müssen als zuwendungsfähig anerkannt werden.
- 7) Wir brauchen andere Verträge: die Leistung der freiberuflichen Künstler*innen und der Agenturen misst sich nicht allein an der Aufführung am Abend. Leistungen wie das Konzipieren von Programmen, das Vermitteln von Konzerten, das Freihalten eines Termins, Proben etc. müssen in den Verträgen klarer formuliert werden und als zuwendungsfähige unerlässliche Leistungsbestandteile anerkannt werden.
- 8) Wir brauchen neue Tarifverträge: Mitglieder der tarifgebundenen Kollektive müssen flexibler eingesetzt werden können, auch in kleineren Formationen. Auch für freiberufliche Kolleg*innen muss es gesetzlich verbindliche Regelungen und Mindestgagen geben.
- 9) Öffentliche Projektförderung muss eine gerechte Bezahlung einfordern und überprüfen und in der Förderhöhe abbilden: die Möglichkeiten zur (Selbst-)Ausbeutung sind insbesondere im Rahmen der Projektförderung nach wie vor groß. Wir fordern: Projektförderung muss auch die Mindestgage und das Mindesthonorar aller Beteiligten vor, auf und hinter der Bühne berücksichtigen. Kostendruck im Bereich Personal trägt nicht zu Steigerungen der Effizienz bei. Eine Verschlinkung der Verordnungen und Prozesse trägt zu einer zusätzlichen Entlastung der Kulturinstitutionen bei.
- 10) Wir brauchen mehr Kulturpolitik und mehr sachkundige Kulturpolitiker*innen: seit Jahren hören wir an vielen Stellen in ganz Deutschland, dass man mit Kultur keine Wahlen gewinnt. Seit Jahren sehen wir, dass es in den Kulturausschüssen immer weniger Menschen gibt, die wissen, wie Kultur und Kulturbetriebe tatsächlich funktionieren. Hier müssen die Parteien in ihren Reihen ihre vorhandenen Kulturpolitiker stärken oder sachkundige neue Kulturpolitiker aufbauen. Selbstkritisch sehen wir Kulturschaffenden, dass auch wir Politik und Verwaltung offensichtlich zu wenig unser Geschäft erklärt haben und zukünftig mehr erläutern und uns politisch viel stärker engagieren müssen.
- 11) Der Föderalismus der Bundesrepublik hat eine lange Geschichte und in vielerlei Hinsicht auch eine wichtige Funktion. In zentralen kulturpolitischen Fragen insbesondere in zukünftigen Krisensituationen wünschen wir uns mehr Einigkeit zwischen den Ländern und dem Bund.
- 12) Wir brauchen mehr Europa: Deutschland hinkt bei der Antragstellung für Mittel aus dem Programm „Kreatives Europa“ hinterher. Ein Grund dafür ist die hohe Komplexität in der Antragstellung, die nur für professionell arbeitende Institutionen mit einem größeren Stamm an festangestellten Mitarbeiter*innen zu bewältigen sind. Institutionen brauchen mehr Unterstützung bei der Antragstellung und der europäischen Vernetzung. Gleichzeitig muss die

Bundesrepublik Deutschland ihren Einfluss bei der Europäischen Union geltend machen, dass die Antragstellung und Abrechnung vereinfacht wird. Gleichzeitig wirken Bund und Länder darauf hin, Mittel aus dem LEADER-Programm auch für kulturelle Zwecke zu nutzen (Beispiel Steiermark).

Politische Umsetzung: Investitionsprogramm „New Deal for Culture“ und eine Solidarische Leistungen für die Zukunft

New Deal for Culture: Mittel zur Unterstützung von unverschuldet in existentielle Not geratene Festivals sollen nicht nur zur Schadensregulierung eingesetzt werden. Mit dem **Investitionsprogramm** „New Deal for Culture“ sollen die Weichen gestellt werden für die Zukunft. Schwerpunkte der Investition und Förderung müssen daher die folgenden Bereiche sein:

a) **Nachhaltigkeit:** Neue Festivalkonzepte und Kooperationen für klimafreundlichere Kultur durch weniger Flugreisen und längere Aufenthaltsdauer für Künstler*innen und Gäste.

Nachhaltigkeit ist Impulssetzung und Wirkung über das einmalige, momentane Ereignis hinaus und setzt auf z.T. kleinstrukturierte Partizipation, kulturelle Bildung und genre- wie spartenübergreifendes Arbeiten. Dies braucht Wertschätzung und Förderung jenseits von schillernden Preisen und über die Metropolen hinaus vor allem im Ländlichen Raum.

Ressourcenschonende Marketingkonzepte durch Reduzierung von gedruckter Werbung, regionales Catering, integrierte Mobilitätskonzepte etc.

b) **Digitale Angebote:** Innovationsoffensive zur Entwicklung digitaler Vermittlungs- und Veranstaltungsformate auf professionellem Niveau jenseits des kostenlosen Live-Streamings und Digitalarchivs. Förderung von interaktiven digitalen Formaten für Kommunikation und Austausch mit dem Publikum. Entwicklung von Bezahlformaten im digitalen Raum.

f) Investitionsprogramm für digitale Infrastruktur in Abhängigkeit von der Entwicklung neuer digitaler Inhalte und Formate.

g) Förderung von Beratungen, Weiterbildungen und Qualifizierungen in den oben genannten Bereichen.

c) **Neue Veranstaltungsformate** jenseits des klassischen Betriebs, Diversifizierung des Angebots für unterschiedliche Zielgruppen.

d) Neue Förderprogramme zur Realisierung **spartenübergreifender Projekte**.

e) **Theorie-Praxis-Tandems:** Entwicklung von Konzepten zu Publikumsgewinnung und -bindung in Zusammenarbeit mit universitären Partnern. Stärkung der Nicht-Besucherforschung.

h) **Investitionsprogramm** für Kulturinstitutionen, Spielstätten und Museen im Ländlichen Raum im Hinblick auf zeitgemäße Infrastruktur, Präsentationsformen und Veranstaltungstechnik.

i) **Forschungsstipendien** für Freiberufliche Künstler*innen zur Entwicklung von Kooperationsprojekten mit Festivals und/oder Städten und Gemeinden im Ländlichen Raum.

j) **Europa!** Bund und Länder fördern mit eigenem Schwerpunkt die Bildung europäischer Netzwerke sowie die Vorbereitung von Anträgen für europäische Mittel aus den Programmen LEADER und „Kreatives Europa“.

Nicht zuletzt stellt dies eine Chance dar, die **Öffentlich-Rechtlichen Rundfunkanstalten** für diesen Bereich mit einer besonderen Aufgabe zu betrauen, die in Form von Kooperationen, umfassenden Support einschließlich technischem Knowhow, in der Fortbildung sowie in Form von Streaming, Mitschnitten der Projektergebnisse und einer umfassenden redaktionellen Begleitung bestehen

würde. Dies erfordert Konsequenzen in der grundsätzlichen personellen wie finanziellen Ausstattung der Anstalten und würde es ihnen ermöglichen, ihren kulturellen Auftrag zukunftsorientiert und verstärkt wahrzunehmen.

Solidarische Leistungen für die Zukunft: „Kulturroschen“ für eine stabile Solidargemeinschaft

Eine Veranstalter-Ausfall-Versicherung ist für den Großteil der Veranstalter*innen finanziell nicht zu stemmen und deckt nur in seltenen Fällen die wesentlichen Risiken ab. Analog der Künstlersozialkasse als solidarische Hilfe für die Künstler*innen soll ein neuer Fonds auch Veranstalter*innen für die Zukunft absichern. Kulturinstitutionen führen aus Eintrittserlösen Mittel ab, die in einen Solidar-Fonds eingezahlt werden. In Krisenzeiten werden Mittel zur Krisenbewältigung zur Verfügung gestellt. Dies kann durch Zuschüsse oder kurzfristige Liquiditätshilfen erfolgen.

Finanzierung des Fonds: Neben einer wünschenswerten Grundsicherung diese Fonds durch Bund und Länder leisten Zuschauer*innen/Veranstalter*innen ihren Beitrag mit jeder gekauften Karte: Der „Kulturroschen“ wird mit jeder Eintrittskarte automatisch erhoben und beträgt 10 Cent.

Seitens Bund und Ländern wären die Erlöse der sogenannten „Youtube-Steuer“, einer neu zu schaffenden Abgabe auf Werbeerlöse sämtlicher digitaler Plattformen (vgl. Finanzierungsmodell der VG Wort), in diesen Fonds einzuzahlen.